

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 129 – Juni 2019

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Kärntner Kinder sollen Arabisch lernen

An Kärntner Volksschulen wird ein dreisprachiges Malheft verteilt. Die Umweltlandesrätin und Integrationsreferentin Sara Schaar (SPÖ) hat ein dreisprachiges Malbuch für Volksschulkinder herausgebracht, das neben Deutsch und Slowenisch auch in Arabisch verfaßt wurde.

Die Frau Landesrätin ist überzeugt, daß ihr dreisprachiges Malbuch „der Völkerverständigung dient und Familien mit Migrationshintergrund Werte im Umwelt- und Klimaschutz vermittelt. Außerdem haben die Kärntner Kinder so die Möglichkeit, Arabisch zu lernen.“

Die rote Integrationsreferentin will also die Kärntner Kinder integrieren! Dumm nur, daß die arabischen Seiten im Malbuch nicht übersetzt sind und an Kärntens Volksschulen niemand der arabischen Sprache mächtig ist. Maria Glockner, die Direktorin der Volksschule am Spitalberg in Klagenfurt dazu: „Von unseren 252 Schülern haben lediglich zwölf Kinder Migrationshintergrund, aber bis auf zwei sind diese Kinder alle Analphabeten, können also weder Arabisch lesen noch schreiben.“

HEIMATRECHT IST EIN MENSCHENRECHT

Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17.4.1998

Art. 3: „Rechtswidrige Bevölkerungstransfers umfassen eine Praxis oder Politik, die den Zweck oder das Ergebnis haben, Menschen in ein Gebiet oder aus einem Gebiet zu verbringen, sei es innerhalb internationaler Grenzen oder über Grenzen hinweg oder innerhalb eines, in ein oder aus einem besetzten Gebiet ohne die freie und informierte Zustimmung sowohl der umgesiedelten als auch jeglicher aufnehmenden Bevölkerung.“

Art. 6: „Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung, und/oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.“

ZITAT

Stefan Zweig in „Castellio gegen Calvin, Ein Gewissen gegen die Gewalt“: „Denn Macht treibt zur Allmacht, Sieg zum Mißbrauch des Siegs, und statt sich zu begnügen, viele Menschen so sehr für ihren persönlichen Wahn begeistert zu haben, daß sie freudig bereit sind, für ihn zu leben und sogar zu sterben, fallen diese Konquistadoren alle der Versuchung anheim, Majorität in Totalität zu verwandeln und auch den Parteilosen ihr Dogma aufzwingen zu wollen; nicht genug haben sie an ihren Gefügigen, ihren Trabanten, ihren Seelensklaven, an den ewigen Zuläufern jeder Bewegung – nein, auch die Freien, die wenigen Unabhängigen wollen sie als ihre Lobpreiser und Knechte, und um ihr Dogma als alleiniges durchzusetzen, brandmarken sie von Staats wegen jede Andersmeinung als Verbrechen.“

SCHWINDEL GEPLATZT

Noch im Feber 2019 antwortete der Stadionwald-Macher Klaus Littmann auf die Frage: „Woher kommen die Bäume für den Stadionwald?“ folgendermaßen: „Nur aus Österreich. Das war eine Grundbedingung.“ Ein Monat später wird bekannt, daß „verschulte Bäume“ aus Italien, Deutschland und Belgien nach Klagenfurt angeliefert werden – 50 bis 60 Fuhren über zweieinhalb Wochen – tausende Kilometer weit.

Angesprochen auf die Umweltbelastung durch den kilometerweiten Transport der Bäume quer durch Europa meint „Kunstvermittler“ Littmann: „Die Bäume wurden auf den kürzesten Anfahrtswegen angeliefert. Natürlich haben wir dabei auch Abgase produziert. Aber hier heiligt der Zweck die Mittel.“

Soviel zu nicht eingehaltenen Grundbedingungen und zum „Umweltprojekt“, das das „For Forest Projekt“ angeblich auch sein soll.

WORTKLAUBER

Der chinesische Friedensnobelpreisträger 2010 - Liu Xiaobo - forderte „Es muß ein Ende haben, daß Wörter Verbrechen sein können.“, aber in Österreich schlagen im Jahr 2019 die Politiker immer noch wild mit Wortverboten um sich, weil sie hoffen, mit dem Anschwärzen ihrer Gegner als „Rechtsextreme“ bei der EU-Wahl politisches Kleingeld machen zu können.

Da wird wegen der Verbreitung eines Gedichtes eine Riesenaufregung inszeniert, weil darin eine Rattenfamilie erklärt, daß sie sich keine fremden Lebensregeln aufzwingen läßt – ZITAT: „Die Regeln stellen jene auf, die hier seit –zig Generationen lieben, leben und da wohnen! Wir nehmen es da sehr genau! Ich, Ratte - und auch meine Frau!“ Aber die gutmenschlichen Sittenwächter wittern allein im Wort Ratte „rechts-extreme“ Betätigung, weil das Gedicht mit dem Titel „Die Stadtratte“ ein migrationskritisches Gedicht sei, obwohl sich das „verbrecherische Wort“ gar nicht auf Migranten bezieht.

Der Vizebürgermeister von Braunau, der das Gedicht im Parteiblatt der FPÖ veröffentlicht hat, mußte umgehend zurücktreten, die Gegner haben ihr Ziel erreicht und halten sich den Bauch vor lachen.

Jetzt stellt sich aber schon die Frage, wer soll denn eine Partei noch wählen, die zur großen Freude des politischen Gegners beim leisesten Wink mit der Nazikeule die Hosen voll hat und die eigenen Leute austauscht, anstatt eisern zu ihnen zu stehen?

ZITAT

Der französische Philosoph Pascal Bruckner: „Wenn wir unseren Kindern als einziges Programm nur Reue anbieten, werden wir nie eine starke politische Ordnung schaffen...wenn wir weiter nur bereuen, dann werden wir verschwinden.“

ZITAT

Friedrich Schiller: „Mein Verzeichnis von Bösewichtern wird mit jedem Tag, den ich älter werde, kürzer und mein Register von Toren vollzähliger und länger.“

IMMERWÄHREND

Neos-Kandidatin Claudia Gamon will eine „Neugründung des europäischen Projekts“, mehr Europa und eine EU-Armee.

Dabei hat die Frau Kandidatin eines vergessen:

Am ersten Tag nach der wiedererlangten vollen Freiheit und uneingeschränkten Souveränität trat das österreichische Parlament am 26. Oktober 1955 zu seiner ersten Sitzung der Herbstsession 1955 zusammen, um als einzigen Punkt der Tagesordnung das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die immerwährende Neutralität Österreichs zu beschließen.

Art.1

- (1) Das Neutralitätsgesetz dient dem Zwecke der dauernden Behauptung der Unabhängigkeit Österreichs und der Unverletzlichkeit seines Gebietes. Darum wird Österreich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln seine Neutralität aufrechterhalten und verteidigen.
- (2) Österreich wird daher in aller Zukunft keinem militärischen Bündnis beitreten und auch keinem fremden Staat gestatten, auf seinem Gebiete militärische Stützpunkte zu errichten.

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der ÖVP (74 Mandate), der SPÖ (73 Mandate) und der KPÖ (4 Mandate) gegen die Stimmen der FPÖ (14 Mandate) als Verfassungsgesetz angenommen.

Ist der Frau Gamon die Österreichische Verfassung nicht bekannt, oder egal?

Artenvielfalt in großer Gefahr

Laut dem Präsidenten des Weltbiodiversitätsrats der UNO, Robert Watson, bedrohe die Zerstörung der Artenvielfalt den Menschen „mindestens genauso“ wie der Klimawandel.

150 Experten aus 50 Ländern werteten bei der internationalen Konferenz in Paris Tausende Studien aus. Demnach sind bis zu eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht.

Ob sich die Experten schon einmal darüber Gedanken gemacht haben, daß mit der herrschenden Migrationspolitik auch Völker vom Aussterben bedroht sind? Oder sind die Völker nicht von Belang?

AUS DEM VERKEHR GEFISCHT

Der Landessprecher der GRÜNEN in Kärnten, Matthias Köchl, wurde von italienischen Carabinieri bei Tarvis festgenommen.

Er war in eine Kontrolle der Carabinieri geraten. Auf dem Beifahrersitz seines Autos saß ein 27-jähriger Iraker ohne gültige Dokumente. Für die Behörde bestand der Verdacht der Schlepperei, darum wurden die zwei Männer festgenommen. Der Iraker stellte in Udine einen Asylantrag. Köchl wurde im Gefängnis in Udine für eine Nacht eingesperrt. Bei einem anstehenden Prozeß in Italien – der Termin steht noch nicht fest – drohen ihm bis zu fünf Jahre Haft und eine Geldstrafe von 15.000 Euro. Sein Auto und das Handy wurden beschlagnahmt.

Der grüne Landessprecher bestritt den Schleppervorwurf, er habe einen Autostopper mitgenommen und nicht nach dessen Ausweis gefragt. Wenig später zog er Konsequenzen: Bis die Sache geklärt ist, legte er seine Funktion als Landessprecher zurück.

Wo bleibt da die Gleichbehandlung?

Seit 2017 stehen Eltern in Kärnten 18 verschiedene Varianten des Kinderbetreuungsgeldes zur Verfügung. Anschließend Eltern, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen, erhalten keine Unterstützung von Land oder Gemeinden.

Merkwürdige Ansichten

Bei einer „Talkshow“, bei der es um Migration und Abschiebungen ging, sagte die pinke Abgeordnete Irmgard Griss: „Wenn er nicht stiehlt, niemanden umbringt, also nicht straffällig wird, aber hier unsere Werte nicht anerkennt, also gegen die Gleichberechtigung der Frau ist – na gut, das werden wir verschmerzen können. Wir müssen doch am Boden bleiben. Ja, wir werden damit leben müssen.“

Nein, Frau Griss, damit werden wir nicht leben müssen!

WIDERSTAND GEGEN DEN „GENDER-UNFUG“

Er ist der größte Sprachkritiker Deutschlands. Jetzt, mit 93 Jahren, ruft Wolf Schneider auf zum Widerstand gegen den „Gender-Unfug“.

Die Sprache verändern zu wollen, sei töricht und „eine Wichtigtuerei ohne Fortschritt für die weibliche Sache“. „Jede Diktatur betreibt Sprachlenkung. Jetzt kommen die Feministinnen und wollen sie auch betreiben. Ja herzlichen Glückwunsch!“ „Für die Stellung der Frau in der Gesellschaft zu kämpfen, ist ein realistisches Anliegen“, sagt er, „für die Stellung der Frau in der Sprache zu kämpfen, ist aber ein völlig unsinniger Ansatz. Die Behauptung, der sprachliche Ausdruck und das biologische Geschlecht hätten irgendeinen Zusammenhang, ist schon von Anfang an vollkommen falsch.“

Nicht einmal „das Weib“ ist im sprachlichen Ausdruck weiblich.

Von der Inklusion

Das war's dann mit den verschiedenen Bildungssystemen, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem Globus, denn 154 Staaten haben die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet.

Die Inklusion ist kein Bildungsprogramm, sondern eine Keule, mit der die differenzierten Bildungssysteme zerschlagen werden sollen. Um die Interessen der behinderten Kinder geht es dabei natürlich nicht.

Das deutsche Schulsystem wurde seit dem Jahr 2000 mit immer neuen PISA-Studien sturmreif geschossen, bei denen Deutschland angeblich immer schlechter abschnitt, und schließlich hektisch zu Tode reformiert. Ich sage nur „G8“-Gymnasium, Master- und Bachelor-Studiengänge und verschiedene Experimente und Pläne auf dem Gebiet der „Einheitsschule“. Bei den meisten dieser Studien, Initiativen und „Reformen“ handelte es sich um Projekte mit ausländischen Wurzeln in der OECD, der UNO oder den USA und Großbritannien (Master/Bachelor). Ergebnis: Schon jetzt können Schulabgänger und sogar Studenten schlechter lesen, rechnen und schreiben als jemals zuvor und verfügen auch über so mangelhafte soziale Kompetenzen, daß sie für die deutsche Wirtschaft immer „unbrauchbarer“ werden.

Der Meinungsvielfalt mehr Raum

Vorgeschriebene Einheitsmeinung ist Abhängigkeit und Stillstand. Geben Sie Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt die Möglichkeit, weite Verbreitung zu finden. Da wir uns von niemandem abhängig machen und auch nicht vorschreiben lassen, was wir zu denken haben, bitten wir Sie um ihre Spende. Spenden Sie bitte auf das Konto. IBAN AT66 6000 0000 7550 5994, BIC OPSKATWW. Danke!

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT666000000075505994.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Vertuschte Studie

Kein Witz! „Österreich hat Platz für mehr als 65 Millionen Migranten!“

Eine „Studie zur Durchführbarkeit der Einrichtung eines Mechanismus für die Umsiedlung von Personen, die internationalen Schutz genießen“ („Study on the feasibility of establishing a mechanism for the relocation of beneficiaries of international protection“) wurde bereits im Juli 2010 im Rahmen eines Vertrags mit dem „European Refugee Fund“ (ERF) unter Federführung des weltweit agierenden Beratungsunternehmens „Ramboll Management Consulting“ sowie der Beratungs- und Asyl-Lobby-Organisation „Eurasylum Limited“ erstellt.

Dokumentiert wird darin das vermeintliche Potential zur Asylwerber-Aufnahme von 27 EU-Staaten. Diese Staaten hätten insgesamt angeblich Kapazitäten für eine maximale Bevölkerungszahl von rund 3,8 Milliarden Menschen!

Allein Österreich hat laut dieser Studie eine maximal mögliche Bevölkerungskapazität von bis zu ca. 75,6 Millionen Personen.

Man will also rd. zehnmal so viele Menschen wie in Österreich leben hereinpumpen! Die angestammte Bevölkerung hat niemand gefragt!

ZITAT

Karl-Peter Schwarz in der links-liberalen *Presse*: „Bezogen auf die Migrationskrise ist der Begriff „Bevölkerungsaustausch“ irreführend. Aber rechtsextrem ist er nicht. ... Das Problem ist nicht, daß globale Eliten vereinbart hätten, Millionen aus anderen Kontinenten in Europa anzusiedeln, sondern daß sie diese Immigration billigend zur Kenntnis nehmen und ihre Gefahren relativieren, statt alles zu tun, um sie zu stoppen und rückgängig zu machen, soweit das noch möglich ist.“

Was soll das ?

Große Aufregung herrscht über den Vorschlag, Asylwerbern für Hilfsdienste einen Stundenlohn von € 1,50 zu bezahlen.

Der Betrag von € 1,50 ist angelehnt daran, was Grundwehr- oder Zivildienstler nach der sogenannten Pauschalvergütungsverordnung bekommen. Asylwerber, die ohnedies mit der Grundversorgung eine Vollversorgung erhalten, wären also bessergestellt als Grundwehr- und Zivildienstler.

Der Staat Österreich zahlt Menschen, auch solchen, von denen nicht bekannt ist, ob sie überhaupt einen Asylgrund haben, eine Grundversorgung, also Miete, Essen, Strom, Betriebskosten, Kleidung, Krankenversicherung, Schule und Schulbedarf für die Kinder, Taschengeld, und die Kosten notwendiger Fahrten werden auch übernommen.

Arbeitsurlaubnis haben diese Menschen bei uns keine. Wenn man mit Tätigkeiten, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen, zur sinnvollen Tagesstrukturierung von Asylwerbern beitragen will, dann müssen die dafür nicht noch zusätzlich bezahlt werden.

Nur ein Umgehen der Regeln

Im April brachte der ORF in der Sendung *Thema* einen Bericht darüber, daß aus der Ukraine viel mehr Hühnerbrüste als erlaubt nach Österreich importiert werden. Der Kommentar des Sprechers dazu: „Illegal ist das eigentlich nicht, nur ein Umgehen der Regeln.“

So einfach ist das? Eigentlich heißt das Betrug!

Klirrend zersprang die eiserne Woge
an dem einen Mann,
schäumend brodelte sie
rot zurück.

Und kam nicht wieder,
in tausend Jahren nicht.

An einem Mann
und einem Wort
genas ein Volk
vom Fieber seiner Knechtschaft.

Im Jubel der Bauern
verschwand das Weinen
seiner Frau.

Aus der zerstochnen Brust
des Arnold von Winkelried
rann das Blut

„Der Freiheit eine Gasse!“

Konrad Windisch

ZITAT

Herbert Otterstädt: „Wo immer deutsche Menschen in Europa gesiedelt oder zwischengesiedelt haben, da geschah dies auf freiem, meist brachem Boden, der zudem in den meisten Fällen erst sorgsam und in jahrzehntelanger Arbeit urbar gemacht werden mußte. Dieses allgemein erkennbare Siedlungsprinzip der Deutschen außerhalb ihres geschlossenen deutschen Volksbodens in Europa galt einstmals auch für die Entstehung der Volksinsel Gottschee.“

Ein geheimes Wort - Geburtenanreiz

Kein einziger der Politiker, die in den vergangenen Jahren den „demografischen Wandel“ – das heißt das Aussterben der Deutschen – ansprachen, erwähnte auch nur mit einem Wort die Möglichkeit, die deutsche Geburtenrate anzuheben.

Ein Zufall kann das nicht sein, denn immerhin wäre die biologische „Nachwuchsförderung“ nun mal das naheliegendste Verfahren, „Fachkräfte“ zu beschaffen. Deswegen spricht man ja auch von „Nachwuchs“. Noch vor 30 bis 40 Jahren waren Geburtenanreize zentrale politische Werkzeuge mit fundamentalen Auswirkungen auf andere Politikbereiche, wie den Arbeitsmarkt und das Rentensystem. Entsprechend weit verbreitet war der Begriff auch. Inzwischen ist dieses Wort jedoch von der Bildfläche verschwunden. Ja, nicht einmal auf der Duden-Website kommt das Wort noch vor.

In diesem Zusammenhang müssen wir wissen, daß Begriffe das Denken steuern und ermöglichen oder verhindern. Das gesamte Erkennen und Verstehen hängt von den richtigen Begriffen ab. Wenn dieser zentrale politische Ausdruck und entsprechende Maßnahmen so strikt vermieden werden und statt dessen für Einwanderer geworben wird, kann das tatsächlich nur heißen, daß die deutsche Bevölkerung ausgetauscht werden soll. Daher handelt es sich bei der „Flüchtlingswelle“ auch nicht um irgendein zufälliges Ereignis, sondern um Bevölkerungspolitik.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Ich beschwöre euch, meine Brüder, bleibt der Erde treu und glaubt denen nicht, die von überirdischen Hoffnungen reden!“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Am 26. Mai 1945 sagte Marschall Tito auf einer Kundgebung in Laibach: „Noch sind unsere Brüder in Kärnten nicht befreit. In eurem Namen und im Namen ganz Jugoslawiens erkläre ich, daß wir auf unsere Brüder in Kärnten nicht vergessen haben.“

Nach dem von den Briten erzwungenen Abzug der Partisanenarmee lag noch Jahre lang ihr Zorn über die mißlungene Eroberung Südkärntens wie eine spannungsgeladene Gewitterwolke über den Karawanken.

Der Eisernen Vorhang ging nieder. Der Karawankentunnel wurde verbarrikadiert. Die Jugoslawen bauten das zweite Geleise ab. Auf dem Grenzkamm blieb der Kriegszustand erhalten. Mit dem Recht des Siegers trieben Expartisanen das Vieh von Kärntner Grenzlandbauern über die Grenze nach Jugoslawien. Auf Bauern, die ihr Vieh suchten, wurde geschossen. Harmlose Beerensucher wurden niedergeknallt.

Am 26.7.1947 wurden bei Eisenkappel die Gendarmen Felix Lepuschitz und Johann Götzhaber von einem ehemaligen Partisanen niedergeschossen. Lepuschitz war tot, Götzhaber schwerverletzt. Die Auslieferung des Täters wurde von Jugoslawien abgelehnt.

Am 15. August 1948 schossen auf der Petzen jugoslawische Grenzwachposten auf eine Kärntner Bergsteigergruppe aus Bleiburg. Die jungen Leute hatten sich dabei noch auf österreichischem Gebiet befunden. Der junge Roger Forster wurde so schwer verletzt, daß ihm später ein Bein amputiert werden mußte. Er starb wenige Jahre später. Die 17jährige Justine Jamnig und der gleichaltrige Helmut Ehrenfelder wurden auf österreichischem Gebiet festgenommen und abtransportiert. Auf dem Weg ins Tal wurden sie von den jugoslawischen Grenzwachposten erschossen. Zu dieser Zeit hatten sich Angehörige der „Osvobodilna fronta“ (der Kärntner Sowjet) auf der Petzen befunden.

Wie sagte der Präsident des Verbandes der Kärntner Partisanen und Nachfolger von Partisanenführer Karel Prušnik Gašper, Janez Wutte-Luc: „Am 4. Mai 1980 ist unser ehemaliger Oberkommandierender, Marschall Tito gestorben ... Wir Kärntner Partisanen haben während des nationalen Befreiungskrieges gezeigt, daß wir kämpfen können ... so können wir auch heute den jungen Generationen Vorbild sein, die nach uns die Aufgaben übernehmen und den Kampf weiterführen werden.“

Aus „Titostern über Kärnten 1942-1945“ von Ingomar Pust.

ZITAT

Henry Kissinger: „Globalisierung ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft.“

Deutsche Verwaltungsgerichte kollabieren

Robert Seegmüller, Vorsitzender des „Bundes Deutscher Verwaltungsrichter“, schlägt Alarm. Zur Zeit seien vor deutschen Gerichten die Klagen von 250 000 illegalen Asylbewerbern anhängig. Die Internetplattform „Journalistenwatch“ wirft der NGO „Pro Asyl“ vor, abgelehnten Asylbewerbern zu raten, gegen ihre Bescheide zu klagen. Von den 2016 gefällten 696 000 Asylentscheidungen seien 24,8 Prozent beklagt worden; die wichtigste Quote weise Pakistan mit 53,2 Prozent auf!



lesen Sie auch

Probexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

Wahnsinn Familiennachzug

Das Bundeskriminalamt verzeichnete 295 000 Straftaten durch Zuwanderer für das Jahr 2016; darunter 66 vollendete Tötungen, 380 Tötungsversuche, 70 800 Körperverletzungen. Und ab 2018 werden 398 000 Syrer (laut Focus) Anspruch auf Familiennachzug haben. Wenn man davon ausgeht, daß jeder Syrer im Durchschnitt vier bis fünf Familienmitglieder nachholt, dann könnten rasch über 1 000 000 weitere Syrer nach Deutschland kommen – und zwar ganz ohne Asylverfahren und an jeder Asylstatistik vorbei.

FALSCHER TÖNE

„Immer, wenn einer jener jungen Männer, die manche Journalisten noch vor Kurzem als „Schutzerflehende“ bezeichneten, eine hiesige Frau vom Leben zum Tode befördert, nutzen bekanntlich ruchlose rechtspopulistische Politiker einen derartigen Einzelfall, um daraus politischen Gewinn zu schlagen. Das liest sich dann so: „Bei zweimaliger Verurteilung wegen Körperverletzung und weiterer Anzeige wegen Körperverletzung und sexueller Belästigung bin ich gern präsiere: Es gehört abgeschoben, PUNKT“. Bezogen hat sich das auf den jüngsten Mädchenmord, begangen von einem vorbestraften syrischen Asylwerber.

Ups, sorry, da ist aber jetzt leider etwas passiert. Denn die entrüstete Abschiebeforderung stammt nicht etwa von Rechtsextremisten, sondern von Thomas Drozda, Bundesgeschäftsführer der SPÖ.

Nur zur Erinnerung: Das ist jene Partei, deren damaliger Vorsitzender 2015 Ungarns Premier, Viktor Orban, in die Nähe des Holocaust gerückt hat, weil dieser Migranten mit Zügen durch Ungarn reisen ließ. Nicht nur Drozda will diesen Ungeist seiner Partei offenbar diskret entsorgen. Sein Parteifreund Michael Ludwiczak möchte, wohl ähnlichen „Einzelfällen“ geschuldet, plötzlich ein Waffenverbot in Wien. Und auch in einst stark willkommenskulturell orientierten Medien ändert sich der Sound: „Falter“-Chefredakteur Florian Klenk findet es plötzlich „alarmierend“, „daß ein Viertel aller Mordverdächtigen Asylwerber sind“ und „Profil“ nennt die scheidende Wiener Vizebürgermeisterin, Maria Vassilakou, gar eine „Willkommensklatzscherin“ – beides Feststellungen, für die man noch vor einem Jahr als xenophober Rechtsradikaler denunziert worden wäre.“ weiß Christian Ortner in der Presse zu berichten.

Aber, es ist nicht Erkenntnis oder Einsicht, die für den Sinneswandel bei SPÖlern und linken Medien gesorgt hat. Sie spüren den heftigen Gegenwind und hängen, wie immer, ihr Mäntelchen danach. Die Vorstellung, sie könnten bei den nächsten Wahlen vom Trog vertrieben werden, läßt sie nicht mehr ruhig schlafen und zu seltsamen Äußerungen greifen.

Bleibt nur zu hoffen, daß die Menschen nicht auf die falschen Töne hereinfliegen.

VERBIETEN, VERBIETEN, VERBIETEN

Ginge es nach dem Spitzenkandidaten der SPÖ bei der EU-Wahl, Andreas Schieder, sollten rechtsradikale Parteien in Europa verboten werden.

Das ist verständlich, müßte sich so der Sozialdemokrat nicht vor Konkurrenz bei der Wahl fürchten. Er könnte ganz ruhig unter Seinesgleichen die Segnungen der EU hinnehmen, ohne störende Zwischenrufe Andersgesinnter.

Aber da liegt der Herr Schieder falsch, das Verbot von Gesinnungen und Meinungen heißt nicht Demokratie, das ist Diktatur!

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN